

Deutscher Gewerkschaftsbund



REDE

Stefan Körzell

DGB-Vorstandsmitglied

1. Mai 2015

Neumünster

Es gilt das gesprochene Wort!

DGB-Bundesvorstand Abteilung für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30 24060–211 Fax: +49 30 24060–324

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung.

Ich freue mich, heute bei Euch im hohen Norden, in Neumünster, zu sein und mit Euch gemeinsam den 1. Mai, den Tag der Arbeit zu feiern.

125 Jahre 1. Mai. Der 1. Mai ist unser Tag der Arbeit. Er bleibt unser Tag!

Vor 125 Jahren, am 1. Mai 1890 kämpften Arbeiterinnen und Arbeiter für den 8 Stunden Tag. Sie versammelten sich am 1. Mai um für ihre Ziele zu kämpfen.

Viele Erfolge hat die Gewerkschaftsbewegung in den letzten 125 Jahren errungen. Unsere Altvordenen haben nicht nur für die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit gekämpft, sie kämpften auch für die soziale Absicherung im Alter, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Sie kämpften erfolgreich für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und leider viel zu oft gegen Unternehmensschließungen und –verlagerungen.

Wir haben auch viele Abwehrkämpfe in den letzten Jahren ausgefochten.

Zuletzt liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir jedoch große Erfolge erzielt. Hier möchte ich zu allererst den Mindestlohn nennen.

Dass Millionen von Menschen jetzt 8,50 Euro in der Stunde erhalten, ist ein Riesenerfolg. Diese historische Reform ist nur durch den Druck der Gewerkschaften möglich gewesen.

10 Jahre Kampf waren erfolgreich!

Dennoch wird der Mindestlohn, 100 Tage nach seiner Einführung, von unseren Gegnern attackiert. Sie versuchen durch Umgehungstatbestände, durch das Auszahlen von Gutscheinen anstatt von Geld, durch die Heraufsetzung der Wochenarbeitszeit oder durch perfiden Druck auf Beschäftigte, die Zahlung des Mindestlohns zu verhindern. Sie nennen den Mindestlohn ein Bürokratiemonster.

Dabei handelt es sich um eine Koalition aus Arbeitgebern, Politikern von CDU und CSU, sowie Wissenschaftlern, denen es leicht fällt aus dem bequemen Professorenstuhl an der Uni Vorhersagen zu machen, die dann nicht eintreten.

Von harter Arbeit haben die keine Ahnung.

Kolleginnen und Kollegen,

wer die Dokumentationspflicht der Arbeitszeit als Bürokratiemonster bezeichnet, der sucht nach Möglichkeiten den Menschen ihren verdienten Lohn vorzuenthalten. Kolleginnen und Kollegen, hier gilt für uns Mindestlohn – dran bleiben - !

Bis letztes Jahr haben wir für den Mindestlohn gekämpft – jetzt gilt es ihn zu verteidigen.

Wir fordern an unserem 1. Mai, am Tag der Arbeit, die Politik auf, die Beweislastumkehr bei Mindestlohnansprüchen umzukehren, ein wirksames Verbandsklagerecht einzuführen, mehr zum Schutze von Whistleblowern zu tun und das Gesetz zur Bekämpfung von Schwarzarbeit auszudehnen. Z.B. auf das Bäckerhandwerk und den Einzelhandel.

Nur dadurch kann der Mindestlohn seine volle und wichtige Tragweite entfalten.

Darüber hinaus müssen Schwerpunktstaatsanwaltschaften eingerichtet werden und der Prüfdienst der Rentenversicherung deutlich aufgestockt werden.

Kolleginnen und Kollegen,

der Mindestlohn ist da, das ist und bleibt ein Riesenerfolg!

Dennoch müssen wir weiter wachsam bleiben. Wenn wir über eine neue Ordnung der Arbeit reden und die Arbeit der Zukunft gestalten wollen, dann gehört für uns entschieden dazu, dass wir den Mindestlohn energisch verteidigen.

Die Arbeitgeber sind kreativ. Zuschläge, Weihnachts- und Urlaubsgeld werden in den Grundlohn eingerechnet, Urlaubstage werden reduziert. Was ehemals reguläre Arbeitsverhältnisse waren, werden plötzlich Praktika. Gutscheine für das Kino oder Essensgutscheine ersetzen den Mindestlohn.

Kolleginnen und Kollegen,

das ist an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten, das sind Wildwestmethoden gegen die die DGB-Gewerkschaften energisch vorgehen werden. Am 1. Mai, an unserem Tag der Arbeit rufe ich Euch zu, die Zukunft der Arbeit gestalten wir und wir bleiben dran, nicht nur beim Mindestlohn!

Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen aber mehr als nur den Mindestlohn, wir wollen endlich den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen beenden. Wir brauchen darüber hinaus mehr Mitbestimmung im Wirtschaftsleben.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu denen Leiharbeit und Werkverträge eindeutig gehören, aber auch Minijobs und Jobs im Niedriglohnsektor müssen bekämpft werden.

Kolleginnen und Kollegen,

über 7 Millionen Menschen arbeiten im Minijob, das heißt für die betroffenen Menschen 450,00 € im Monat.

Ein Viertel verfügt nicht einmal über einen schriftlichen Arbeitsvertrag. Viele Stunden, die über den Minijob hinausgehen, werden schwarz an der Sozialversicherung vorbei bezahlt.

Kolleginnen und Kollegen,

diese Wildwestzustände am Arbeitsmarkt müssen beendet werden! Wir wollen die Arbeit der Zukunft gestalten. Deshalb gilt unser Augenmerk der Leiharbeit, den Werkverträgen und den Minijobs. Wir bleiben dran, an gleichem Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit.

Kolleginnen und Kollegen,

wir bleiben dran, bei der Begrenzung von Werkverträgen. Dazu gehört unabdingbar eine Ausweitung der Mitbestimmung. Betriebsräte müssen hier mitentscheiden dürfen.

Die Eindämmung prekärer Beschäftigung, Equal Pay in der Leiharbeit, die Eindämmung von Werkverträgen, die entschiedene Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit,

all das gehört für uns zu einer neuen Ordnung der Arbeit! Dafür kämpfen wir, denn wir, die DGB-Gewerkschaften gestalten die Arbeit der Zukunft.

Kolleginnen und Kollegen,

auch hier oben, bei Euch in Neumünster, ist die Arbeitslosigkeit deutlich gesunken, aber immer noch sind viel zu viele Menschen arbeitslos. Immer noch verharren viel zu viele Leute im Hartz IV-System. Bundesweit beziehen 6 Millionen Menschen Hartz IV-Leistungen, darunter 1,6 Millionen Kinder.

Kolleginnen und Kollegen,

soziale Gerechtigkeit sieht anders aus! Ich kann es bis heute nicht akzeptieren, dass in einem der reichsten Länder der Welt Kinder von dem leben, was andere wegwerfen.

Es ist ein Skandal, dass immer mehr Menschen auf Einrichtungen wie die „Tafel“ angewiesen sind. Es ist eine Schande, dass es in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik überhaupt Tafeln geben muss.

Es ist und bleibt ein Skandal, dass viele Niedriglohnpfänger und Hartz IV-Bezieher darauf angewiesen sind, kostenlose Nahrungsmittelspenden anzunehmen, um ihre Kinder durchzubringen. Ich fordere die Politik auf, die Regelsätze für Hartz IV endlich zu erhöhen und korrekt zu berechnen.

Hier in Neumünster beträgt die Arbeitslosenquote etwas weniger als 7 %. Sie ist gesunken. Das ist gut so. Dennoch gibt es nach wie vor viel zu viele Menschen, die in Langzeitarbeitslosigkeit verharren oder die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz aufgegeben haben.

Kolleginnen und Kollegen,

die Menschen brauchen zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Industrie, im Dienstleistungsbereich, aber auch im Handel. Deshalb lehnen wir die drohende Schließung der Karstadt-Kaufhäuser in vielen Städten des Landes, wie auch hier in Neumünster, entschieden ab.

Kahlschlag im Logistikbereich und deutlicher Stellenabbau im Industriebereich sind leider auch hier, bei Euch in Neumünster, bittere Realität.

Es bleibt auch Aufgabe der Politik, den arbeitssuchenden Menschen Perspektiven zu bieten, damit sie in ihrem gewohnten sozialen Umfeld, in ihrer Heimat, bleiben können und nicht wie moderne Jobnomaden durch die Republik ziehen müssen. Arbeits- und Wohnungsmärkte sind keine Kartoffelmärkte, wo die simplen Regeln von Angebot und Nachfrage Gültigkeit haben.

Besonders bei Arbeitsmärkten geht es um das Schicksal von Menschen, von ganzen Familien, die sich nicht einfach von Schleswig-Holstein nach Bayern oder von Sachsen nach Rheinland-Pfalz verpflanzen lassen. Die Menschen wollen in ihren Heimatstädten bleiben und brauchen dort gute Arbeit, damit sie es auch möglichst bis zur Rente im Job schaffen können.

Wenn wir also über gute Arbeit an diesem 1. Mai reden, dann sagen wir auch, die Arbeit der Zukunft gestalten wir. Und die Arbeit der Zukunft darf auch im öffentlichen Sektor nicht weiter zusammengestrichen werden. Sondern sie muss mit guten Arbeits- und Entlohnungsbedingungen weitergeführt oder auch ausgebaut werden.

Die Schrumpfung des öffentlichen Arbeitsmarktes, die Zusammenstreichung im öffentlichen Dienst ist für uns kein Zukunftsmodell.

Wir brauchen neben einer starken Industrie, einer modernen Dienstleistungswirtschaft auch einen funktionalen, modernen und fair entlohnenden öffentlichen Dienst, der nicht nur Stellen streicht, sondern auch nachbesetzt und neue Stellen schafft.

Kolleginnen und Kollegen,

das gehört für uns zu guter Arbeit mit dazu. Bis 2028 wird ein Drittel der Beschäftigten den öffentlichen Dienst aus Altersgründen verlassen. Damit öffentliche Leistungen weiterhin für die Bürgerinnen und Bürger verfügbar bleiben können, brauchen wir eine Einstellungsoffensive im öffentlichen Dienst.

Wir wollen keinen Magerstaat. Gewerkschaften stehen für einen handlungsfähigen Staat!

Gute Arbeit verdient gute Bezahlung! Die Tarifiergebnisse dieses Jahres können sich sehen lassen. Jetzt müssen auch die Erzieherinnen und Erzieher in Kitas und Kindergärten ihren Anteil kriegen! Wir stehen solidarisch an ihrer Seite.

Kolleginnen und Kollegen,

die Arbeitgeber klagen immer über Fachkräftemangel, sind aber gleichzeitig weiterhin nicht bereit umfassend auszubilden.

Verstärkte Anstrengungen in Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung aber auch die Einbindung der Asylbewerber und Migranten in die Arbeitsgesellschaft, würden wichtige Abhilfe schaffen.

Deutschland als Einwanderungsland geht mit den Menschen, die Schutz vor Krieg, Vertreibung und Hunger suchen, nicht gut um. Zu viele verharren in Perspektivlosigkeit. Sie brauchen unsere Unterstützung.

Wir sind mit den Einwanderern und den Flüchtlingen solidarisch. Für uns Gewerkschafter gilt, wer in Deutschland leben darf, muss arbeiten und seinen Lebensunterhalt verdienen können. Dies unter fairen Bedingungen: Mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Wir haben mit den Beratungsstellen faire Mobilität für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Anfang gemacht. Dieser muss fortgesetzt werden.

Kolleginnen und Kollegen,

auch der Ausstieg aus dem Erwerbsleben muss gelingen können. Die Rente mit 63 ist ein erster Schritt für unsere Kolleginnen und Kollegen, die jahrelang eingezahlt haben, ohne Abschläge in den Ruhestand gehen zu können.

Aber es bleibt dabei, die Rente mit 67 lehnen wir ab! Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen es nicht einmal gesund in die Rente bis 65. Für sie ist die Rente mit 67 ein Rentenkürzungsprogramm.

Wenn wir jetzt nicht umsteuern, droht in Zukunft für Millionen von Rentnerinnen und Rentnern Altersarmut. Der DGB hat ein Rentenmodell vorgelegt, mit dem Leistungsverbesserungen erreicht werden können, die auch allen Unkenrufen zum Trotz bezahlbar sind.

Lasst mich zum Schluss noch einen Blick auf die Situation in Europa richten. Seit vielen Jahren verharrt die Jugend Südeuropas in Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit. Die Sparpolitik, verordnet durch die sogenannte Troika aus EU-Kommission, EZB sowie dem

Internationalen Währungsfonds, ist gescheitert.

Löhne und Arbeitnehmerrechte wurden gekappt, Renten gesenkt, die Kaufkraft ganzer Völker dezimiert und lokale Märkte zerstört. Viele Länder Europas befinden sich in einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale. Diese Antikrisenpolitik hat versagt.

Kolleginnen und Kollegen,

so kann es nicht weitergehen! Wir brauchen in Europa einen Kurswechsel! Wir brauchen Investitionen.

Wir haben dazu Vorschläge gemacht. Geld ist genug da. In Europa muss investiert werden, Nachfrage muss generiert werden und die Menschen müssen in der Lage sein, konsumieren zu können. Nur dann kann die wirtschaftliche Abwärtsspirale durchbrochen werden.

Kolleginnen und Kollegen,

auch in Deutschland wird unnötig viel gespart. Anstatt die Schulden langsamer abzubauen und kräftig zu investieren und die gute gegenwärtige Konjunktur zu nutzen, dominiert das Dogma der schwarzen Null. Sie wird zum Fetisch erklärt!

Straßen und Brücken werden nicht mehr repariert, in Schulen bröckelt der Putz von den Wänden, Schwimmbäder werden geschlossen

Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes steht auf dem Spiel!

Wir brauchen Investitionen in Brücken, den Straßen-, Schienenverkehr und die Binnenschifffahrt den Breitbandausbau in Bildung und Forschung sowie für die Energiewende.

Wir fordern eine soziale Gestaltung der Energiewende, die Beschäftigung, Bezahlbarkeit und Klimaschutz zusammenbringt!

Wir müssen die Chancen der Energiewende nutzen – wie bei Euch im Norden mit der Windenergie – wo viele neue Jobs entstanden sind.

Und wir müssen die Herausforderung des Strukturwandels annehmen und ihn sozial gestalten. Hier sind Politik und Unternehmen in der Pflicht: Niemand darf ins Bergfreie fallen! Land auf, Land ab wird oft nur noch der Mangel verwaltet. Wir brauchen mehr öffentliche Investitionen!

Es ist gut, dass eine Kommission in Berlin, die sogenannte Fratzscher-Kommission, Vorschläge erarbeitet hat, wie in die Infrastruktur investiert werden kann. Zusätzlich 22 Milliarden Euro könnten in diesem Jahr investiert werden, ohne gegen die Schuldenregeln der EU und die Schuldenbremse zu verstoßen!

Dabei bleiben wir bei unserer Forderung, dass starke Schultern auch mehr dazu beitragen müssen.

Auch deshalb, Kolleginnen und Kollegen, sind echte Reformen im Steuersystem unumgänglich.

Deshalb fordern wir die Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine Erbschaftssteuer die große Erbschaften angemessen am Gemeinwesen beteiligt, die Abschaffung der pauschalen Abgeltungssteuer von 25 Prozent. Hier muss wieder der individuelle Steuersatz zugrunde gelegt werden. Eine einmalige Vermögensabgabe für Reiche . Die Abschaffung der kalten Progression.

Zu alldem haben wir Vorschläge gemacht. Es ist jetzt an der Politik diese aufzugreifen. Für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und eine Politik die unser Land zukunftsfähig macht!

Was wir nicht brauchen, ist der Marsch von einem Steuer- in einen Gebührenstaat.

„Einen armen Staat können sich nur Reiche leisten“

Deswegen werden wir uns zu wehren wissen!

Kolleginnen und Kollegen,

an diesem 1. Mai stehen wir gemeinsam für Arbeitnehmerrechte und gegen Intoleranz und Unternehmerwillkür Seite an Seite. Wir stehen aber auch solidarisch mit den Flüchtlingen, die bei uns in Deutschland Schutz suchen.

Wir bekennen uns, für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft. Auch hier in Neumünster gab es, so habe ich mir sagen lassen, eine aktive rechte Szene.

Auch wenn es einen bekannten Club in Neumünster als Treffpunkt der Rechten nicht mehr gibt, ist die rechte Szene aktiv und nach wie vor präsent.

Wir müssen geschlossen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eintreten. Wir müssen deutlich Stellung beziehen und uns gegen Nationalismus, Rassismus und Intoleranz wehren.

Kolleginnen und Kollegen,

für mich gehört ganz entschieden dazu, ein Verbot der NPD. Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen. Dies ist die Lehre der Gewerkschaften nach dem Krieg! Dem fühlen wir uns verpflichtet. Keinen Fuß breit den Rechtsradikalen!

Kolleginnen und Kollegen,

125 Jahre 1. Mai sind ein Grund zu feiern. Wir kämpfen für Arbeitnehmerrechte heute und morgen und verteidigen Errungenschaften aus der Vergangenheit.

Der 1. Mai ist unser Tag. Wir stehen Seite an Seite um die Arbeit der Zukunft zu gestalten.

Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Glück auf!